

Mittwoch, 11. Januar 2012

## Auf der Suche nach Lecks

Stadt lässt Rohrleitungen zu Häusern überprüfen

**Starnberg** – Die Kläranlage in Starnberg ist an ihrer Kapazitätsgrenze – und das nicht erst seit gestern. Denn über schadhafte Stellen dringt haufenweise Wasser, das dort eigentlich nichts zu suchen hat, in die Rohre ein. Fremdwasser nennt man es im Fachjargon. Wo aber genau sind die Schäden? Dieser Frage gehen die Kommunen und der Abwasserverband Starnberger See jetzt nach.

Das allerdings birgt Probleme. Denn mitunter sind es gar nicht die kommunalen Leitungen, die die Schäden aufweisen und für den Fremdwassereintrag verantwortlich sind, sondern die Leitungen, die zu den einzelnen Hausanschlüssen führen und auf Privatgrundstücken liegen. Gemäß ihrer bisherigen Entwässerungssatzungen aber haben die Kommunen rechtlich keine ausreichende Handhabe, die Anschlüsse auf Privatgrund überprüfen zu lassen. Darum müssen die Satzungen von Gemeinden und Stadt nun geändert werden. Am Montagabend hat sich der Starnberger Hauptausschuss mit den Änderungen befasst.

Für die Grundstückseigentümer bedeutet dies, dass sie künftig die Untersuchung ihrer Kanäle durch die Stadt dulden müssen. Zusätzliche Kosten entstehen ihnen damit nicht. Sollte jedoch ein Leck auf Privatgrund gefunden werden oder dort ein Anschluss fehlerhaft sein, muss der Eigentümer den Schaden reparieren lassen. Indirekt zahlen aber dann doch alle mit: Denn die Kosten für Untersuchungen werden auf die Abwassergebühren umgelegt. Der Abwasserverband steht Stadt und Gemeinden laut seinen Geschäftsführer Norbert Impelmann in dieser Sache beratend zur Seite. Das Ganze erfolgt in Abstimmung mit der Kommunalaufsicht.

Dass an dem Vorgehen selbst kein Weg vorbei führt, darüber waren sich die Ausschussmitgliedern am Montag einig. Uneinigkeit herrschte indes darüber, ob die Änderungen, die in der Sitzung an die Wand projiziert wurden, den Stadträten vorab in schriftlicher Form hätten zugehen müssen. Günther Picker (WPS) hatte dies angeprangert. Rathauschef Ferdinand Pfaffinger sicherte zu, die Unterlagen bis zur Stadtratssitzung nachzureichen. Denn der Stadtrat hat in diesem Fall das letzte Wort. Der Ausschuss stimmte am Montag schon mal gegen eine Stimme zu.

Sabine Bader